

## Eine gemeinsame Erklärung von

**Organisationen:** ...resist! Saarbrücken ▪ 17grad - Medien für den Rest (Hamburg/München) ▪ AGIF - Föderation der Arbeitsmigrant/innen in Deutschland ▪ Anatolische Föderation e.V ▪ Antifaschistisches Aktionsbündnis Stuttgart & Region (AABS) ▪ Antikapitalistische Linke München al[m] ▪ Auf der Suche - Anarchistische Gruppe Nürnberg ▪ Autonome Antifa Freiburg ▪ Bunte Hilfe Marburg ▪ Deutsche Kommunistische Partei (DKP) ▪ Die Linke KV Stuttgart ▪ ea freiburg ▪ Ermittlungsausschuss Berlin ▪ Ermittlungsausschuss Hamburg ▪ Ermittlungsausschuss Wendland ▪ FDJ-Gruppe Nürnberg ▪ Freiheitskomitee für Musa Asoglu ▪ Infoladen Salzburg ▪ Infoladengruppe Tübingen ▪ Initiative Bayerischer Strafverteidigerinnen und Strafverteidiger e.V. ▪ Initiative Klassenkampf (Stuttgart) ▪ Initiative ▪ Kurdistan Solidarität Stuttgart ▪ Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ▪ Interventionistische Linke ▪ IPAI (International Platform Against Isolation) ▪ Kalenderredaktionskollektiv Kalinka-M.org ▪ Kurdistan Solidaritäts-Komitee Kiel ▪ LabourNet Germany ▪ linksjugend [,solid] ▪ marxistische linke e.V. ▪ Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen (Berlin & Hamburg) ▪ Netzwerk München, Betriebe und Projekte in Selbstverwaltung e.V. ▪ North East Antifa (NEA) ▪ Offenes Antifa Treffen Mannheim ▪ Öku-Büro ▪ organisierte autonomie ▪ rechtshilfe salzburg ▪ Redaktion ak - analyse & kritik ▪ Redaktion des Gefangenen Info ▪ Redaktion Graswurzelrevolution ▪ Revolutionäre Aktion Stuttgart (RAS) ▪ Roja (Revolutionär organisierte Jugendaktion) ▪ Rojava Solidarity Tübingen ▪ Rote Hilfe e.V. ▪ Solidaritätskomitee für Grup Yorum ▪ SoZ-Redaktion ▪ Stuttgart gegen Rechts ▪ Tayad Komitee ▪ Trotz Alledem ▪ verdi bezirkserwerbslosenausschuß nürnberg ▪ Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Kreisvereinigung Esslingen; **Einzelpersonen:** Karin Petzsch ▪ Lydia Trüten (IG Metall-Vertrauensfrau) ▪ Susanne Dorer ▪ Thomas Trüten (IG Metall Vertrauensmann, Blogger, linksunten Autor) ▪ Tobias Pflüger (Stellvertretender Vorsitzender DIE LINKE und Vorstand Informationsstelle Militarisierung) ▪ Uli Gellermann (Herausgeber der RATIONALGALERIE)

Kontakt über [bundesvorstand@rote-hilfe.de](mailto:bundesvorstand@rote-hilfe.de)

# Gegen die Kriminalisierung linker Medien!

## Spendenkonto

Für die Klagen gegen das Verbot und die Unterstützung der Betroffenen

Empfänger: Rote Hilfe OG Stuttgart  
IBAN: DE66 4306 0967 4007 2383 13  
BIC: GENODEM1GLS  
Stichwort: linksunten

## Material bestellen

Dieser Flyer kann über den Literaturvertrieb der Roten Hilfe e.V. kostenlos bestellt werden:

Mail: [literaturvertrieb@rote-hilfe.de](mailto:literaturvertrieb@rote-hilfe.de)  
Web: [www.rote-hilfe.de/literaturvertrieb](http://www.rote-hilfe.de/literaturvertrieb)

Am 14. August 2017 verbot der Bundesinnenminister die Internetplattform linksunten.indymedia.org. Zuvor hatte der Verfassungsschutz die Internetseite zum „Sprachrohr für die gewaltorientierte linksextremistische Szene“ erklärt, um hierfür eine Begründung zu liefern. Das letztlich am 25. August vollzogene Verbot ist ein Akt der Zensur und ein Angriff auf die Medienfreiheit. Das kann und darf so nicht hingegenommen werden.

## **Der Verfassungsschutz vom Bock zum Gärtner**

Besonders brisant im Kontext des Verbotes der Medienplattform Indymedia linksunten ist die Beteiligung des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Nicht zuletzt im Rahmen der Ermittlungen gegen die Naziterroristen des NSU wurde offensichtlich, dass es sich, vorsichtig ausgedrückt, um eine intransparent arbeitende Behörde handelt, die de facto keiner demokratischen Kontrolle unterliegt. Als Legitimationsbasis für ein Verbot von linksunten.indymedia lieferte das BfV eine Collage von Versatzstücken von auf der Seite veröffentlichten Texten. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund fragwürdig, dass die Behörde ein hohes Eigeninteresse an der Abschaltung der Webseite besaß. So wurden auf linksunten.indymedia zahlreiche kritische Recherchen über die Verstrickungen des Verfassungsschutzes in die rechte Szene oder über deren geheimdienstliche Praxis gegen die Linke veröffentlicht.

## **Die Betreibervereinigung ein juristisches Konstrukt**

Das Verbot von Medien fällt eigentlich nicht in die Zuständigkeit des Innenministers. Deshalb wurde kurzerhand ein Verein konstruiert, der hinter linksunten.indymedia steckte und so verboten werden konnte. Eine Medienplattform

wurde über das Vereinsgesetz kriminalisiert. Dieses Vorgehen ist nicht nur juristisch unzulässig, es ist auch ein Türöffner zur künftigen willkürlichen Kriminalisierung unbequemer Medien. Hinter jeder Internetseite u.a. kann ein Verein konstruiert werden, über dessen Verbot nichts anderes als Medienzensur betrieben wird.

## **Solidarität mit Indymedia linksunten!**

Die Kriminalisierung von Indymedia linksunten ist zunächst ein Angriff gegen die gesamte Linke. Sie ist darüber hinaus ein Versuchsmodell, wie gegen unbequemen unabhängigen Journalismus vorgegangen werden kann. Es liegt an uns, Öffentlichkeit und politischen Druck zu erzeugen und diesen Angriff gemeinsam zu beantworten.

**Wir fordern die sofortige Aufhebung der Verbotsverfügung gegen linksunten.indymedia.org!**

## **Die Verbotsverfügung ein politischer Angriff**

In der Pressemitteilung vom 25. August erklärte der Bundesinnenminister „Wir gehen konsequent gegen linksextremistische Hetze im Internet vor“ und bezog sich dabei auf die Proteste gegen den G20-Gipfel in Hamburg. Zu keinem Zeitpunkt wurde jedoch die Löschung einzelner Inhalte auf der Plattform versucht, sondern das komplette Portal kriminalisiert. linksunten.indymedia.org fungierte als Veröffentlichungsplattform für unterschiedlichste Aufrufe, Dokumentationen und Debatten der gesamten Linken. Das Verbot ist also ein gezielter Schlag gegen die gesamte Linke, der nicht zuletzt in das nach rechts offene Wahlkampfkalkül eines Ministers passt, der bereits für zahlreiche überwachungsstaatliche Verschärfungen und eine Aufrüstung des Repressionsapparates verantwortlich zeichnet.